

# **Integration fordern und gemeinsam angehen**

Positionspapier der CDU-Vogtland  
(beschlossen vom Kreisvorstand am 09.09.2016)

Wir bekennen uns zur Genfer-Flüchtlingskonvention und zu dem im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerten Grundrecht auf Asyl. Als starkes Land bieten wir Menschen, die auf der Flucht vor Krieg, Terror und Verfolgung sind und bei uns vorübergehend Schutz suchen, eine gute Aufnahme, eine menschenwürdige Unterbringung und Betreuung. Das ist unsere humanitäre Verpflichtung.

Wir orientieren uns am christlichen Bild vom Menschen und der Gesellschaft, welches unser Land und Europa prägt. Wir helfen denen, die Hilfe brauchen. Diejenigen, die rein aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen oder sich nicht an Recht und Ordnung halten, werden konsequent zurückgeführt.

Dennoch kann Deutschland die Last der hohen Flüchtlingszahlen nicht allein tragen. Hier ist ganz Europa als Werte- und Solidargemeinschaft gefragt. Wenn es gemeinsames Ziel ist, die positiven Seiten eines gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraumes zu nutzen, dann erwarten wir auch, dass sich alle Länder an der Bewältigung der Flüchtlingssituation beteiligen.

Wir sehen in der Strategie der Bundesregierung, eine dauerhafte europäische Lösung herbeizuführen und vor allem die Fluchtursachen nachhaltig zu bekämpfen, den richtigen Ansatz. Gleichwohl erwarten wir, dass die beschlossenen Maßnahmen ihre Wirkung zeigen und sich die Flüchtlingszahlen dauerhaft, spürbar reduzieren. Denn unsere Gesellschaft kann neue Zuwanderer nicht unbegrenzt, sondern nur im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit und geordneter Verhältnisse integrieren.

Wir müssen wissen, wer sich in unserem Land aufhält. Deshalb sprechen wir uns dafür aus, sowohl das Schengen-Abkommen, als auch das Dublin III-Abkommen weiterzuentwickeln. Sichere EU-Außengrenzen, ein lückenloses Erfassungssystem und schnellere, einheitliche Asylverfahren auf EU-Ebene sehen wir als zwingend notwendig an.

Neben dem Schutz der EU- Außengrenzen, sind die eingeführten Kontrollen an der deutsch- österreichischen, deutsch-tschechischen und deutsch-polnischen Grenze ein Teil effektiver Schutzmaßnahmen, um Recht und Ordnung zu gewährleisten. Sie zeigen Wirkung: In den ersten Monaten des Jahres 2016 wurden rund 14 000 Menschen entweder an der deutschen Grenze oder an Flughäfen abgewiesen.

Die CDU-Vogtland geht die Aufgaben, denen wir uns durch die hohen Flüchtlingszahlen im Jahr 2015 gegenüber sehen, offensiv an.

Gelungene Integration entscheidet sich im Alltag vor Ort in den Landkreisen, Städten und Gemeinden. Deshalb müssen wir geeignete Wege und Maßnahmen finden, auch diejenigen, die nur für eine bestimmte Zeit bei uns sind, in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Wir werden alles in unserer Kraft stehende tun, um Fehlentwicklungen entgegenzuwirken. Wir stehen für eine Integration die „Geben und Nehmen“ einfordert und sehen hier insbesondere folgende Punkte:

### **1. Wohnsitzauflage einführen, Migranten weiter dezentral unterbringen**

Integration kann nur in einem stabilen Umfeld gelingen. Wir sind deshalb der Meinung, dass sich Asylsuchende ohne Arbeit, ihren Wohnort nicht nach Belieben aussuchen dürfen. Um Integrationsanstrengungen vor Ort beispielsweise für Wohnen, Kinderbetreuung, Schulbildung und Berufsausbildung nicht ins Leere laufen zu lassen, können auch zeitweise Wohnsitzauflagen für Migranten sinnvoll sein.

Wir unterstützen die Bemühungen der Bundesregierung die Bundesländer zu ermächtigen, Wohnsitzauflagen einzuführen. Eine Umsetzung muss jedoch im Konsens mit den Landkreisen und Städten und Gemeinden erfolgen.

Wohnsitzauflagen beugen der Bildung von Parallelgesellschaften und der Verschärfung von sozialen Problemlagen vor. Sie machen Integrationsangebote erst plan- und steuerbar. Vor diesem Hintergrund sprechen wir uns weiter für eine dezentrale Unterbringung aus. Dieses Konzept des Landkreises hat sich bewährt. Es verhindert Konfliktpotenzial und sorgt dafür, dass Asylsuchende schneller ein Teil unserer Gesellschaft werden.

### **2. Integration muss verpflichtend sein, deshalb Integrationsvereinbarungen schließen**

Integration ist für uns keine Einbahnstraße, sondern ein System, das fördert und fordert. Das bedeutet, dass sich unsere Gesellschaft für Zuwanderung öffnet und bereit ist, diejenigen zu integrieren, die Schutz brauchen und eine Bleibeperspektive haben. Dafür sind Integrationsmaßnahmen als Angebot an die Menschen wichtig.

Wir verstehen Integration aber auch als Pflicht für Menschen, die zu uns kommen. Das setzt die Bereitschaft zum schnellen Erlernen der deutschen Sprache sowie die Achtung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung voraus. Der Respekt vor unseren kulturellen und gesellschaftlichen Werten sind dafür Bedingung.

Die CDU-Vogtland spricht sich dafür aus, dass Regelungen des Bundes, der Länder und der Kommunen getroffen werden, die die gegenseitigen Rechte und Pflichten von Staat und Zuwanderern festlegen.

Es muss klar geregelt werden, wer für sie zuständig ist, welche finanziellen Mittel dafür bereit stehen und welche Auflagen und Sanktionen es gegebenenfalls gibt. Dazu muss mit Zuwanderern eine Integrationsvereinbarung geschlossen werden.

Gleichwohl respektieren wir den Freiraum zur persönlichen Entfaltung auf dem Boden des Grundgesetzes. Das Austragen von politischen und gesellschaftlichen Konflikten in unserem Land lehnen wir jedoch ebenso ab, wie die Vollverschleierung von Frauen. Beides trägt nicht zur Integration bei.

Ein Aufenthaltsstatus kann nur unter dem Vorbehalt der Rechtstreue erteilt werden. Verurteilte Asylsuchende haben ihr Gastrecht verwirkt und müssen abgeschoben werden. Unsere Gastfreundschaft gerät an Grenzen, wenn sich Asylbewerber und Flüchtlinge nicht an unsere Gesetze halten. Auch wenn es nur eine Minderheit unter ihnen betrifft, so müssen wir gegen ein solches Fehlverhalten hart vorgehen. Dies erwartet die Bevölkerung zurecht.

Wir begrüßen daher die bereits getroffenen Verschärfungen im Bleibe- und Ausweisungsrecht sowie im Strafrecht. Straftaten zu begehen, ist inakzeptabel.

### **3. „Vorrangprüfung“ in jetziger Form abschaffen, Verfahren bei der Bundesagentur für Arbeit beschleunigen, mit Unternehmen der Region stärker kooperieren und Aufstockungsmodelle prüfen**

Gute Integration gelingt am besten durch das Erlernen der deutschen Sprache, die Teilnahme an Qualifizierungsangeboten und die Aufnahme von Arbeitsmöglichkeiten. Neben dem Spracherwerb müssen Asylberechtigte schnell Zugang zu beruflichen Bildungsmaßnahmen bzw. Beschäftigungsverhältnissen bekommen.

Für Asylbewerber und Flüchtlinge mit einer guten Bleibeperspektive muss die Möglichkeit bestehen, ihren eigenen Lebensunterhalt zu erwirtschaften. Hierzu müssen bürokratische Hindernisse abgebaut werden. Aus unserer Sicht sollte die „Vorrangprüfung“ deshalb zeitweise ausgesetzt (z.B. 3 Jahre), zumindest jedoch deutlich vereinfacht und innerhalb eines Monats entschieden werden.

Wenn es den Menschen gelingt, frühzeitig auf „eigenen Beinen zu stehen“, einen Beruf auszuüben, sich und ihre Familie selbständig zu ernähren und so ihren Beitrag zu unserer Gesellschaft zu leisten, darf dies nicht an bürokratischen Hürden scheitern.

Ebenso muss es für Fachkräfte unter den Asylbewerbern Erleichterungen geben, um bei tatsächlichem Bedarf unkompliziert aus dem befristeten Bleiberecht (Asyl) in ein dauerhaftes Bleiberecht als „Zuwanderer“ zu wechseln.

Die Bereitschaft vieler Arbeitgeber in der Region, Flüchtlingen eine Chance zu geben, ist groß. Wenn im Unternehmen zusätzliche Stellen für Asylberechtigte entstehen, ist zu prüfen, ob eine Lohnaufstockung durch die BA für die Anfangszeit das Unternehmen entlastet. Ein Anknüpfen an das Qualifikationsniveau kann hierfür ein Ansatz sein. Vorbild hierfür könnten die Maßnahmen zur Integration von Langzeitarbeitslosen sein.

Deutsche und ausländische Arbeitnehmer dürfen aber zu keiner Zeit gegeneinander ausgespielt werden. Es ist klar, dass man so den Fachkräftemangel im Vogtland nicht löst.

Deshalb halten wir auch weiter an den Zielen fest, vogtländische Arbeitnehmer stetig weiter zu qualifizieren sowie top ausgebildete Arbeitskräfte in der Region zu halten bzw. sie für die Region zu gewinnen. Es muss auch wirtschaftlich gelingen, die Löhne in der Region weiter zu verbessern, denn: Leistung muss sich lohnen!

#### **4. „Zentrales Integrationsmanagement“ im Landkreis schaffen, freiwillige Rückkehrberatung verstärken**

Im Vogtland gibt es zahlreiche Angebote zur Integration von Flüchtlingen. Vom Sprachkurs, über Alltagsbegleitung, Begegnungsstätten und Sport bis hin zur beruflichen Qualifizierungsmaßnahme - Flüchtlingsinitiativen, Vereine und Unternehmen engagieren sich vielseitig.

Es ist unser Bestreben, die gesellschaftliche und soziale Integration von Migranten mit guter Bleibeperspektive zu fördern. Wir schlagen deshalb vor, dass im Vogtlandkreis ein zentrales Integrationsmanagement geschaffen wird, welches regional und lokal tätige Migrantenorganisationen und sonstige, integrativ wirkende Vereine und Verbände unterstützt, indem es Ressourcen und Dienstleistungen zur Verfügung stellt.

Es fehlt oft der Zugang zu notwendigen finanziellen und fachlichen Kapazitäten sowie zu entsprechenden Kooperations- und Austauschstrukturen mit integrationspolitisch bzw. bürgerschaftlich relevanten lokalen Akteuren. Mit dem zentralen Integrationsmanagement soll eine zeitlich und finanziell flexible Förderung geschaffen werden, die integratives Engagement nachhaltig unterstützt.

In den Rathäusern der vier großen Kreisstädte in den Sozialregionen wollen wir Vertretungen dieses Integrationsmanagements etablieren. Kommunen könnten zudem Integrationslotsen qualifizieren und beschäftigen. Funktionierende lokale Netzwerke sind für den Integrationserfolg entscheidend. Diese müssen von Beginn an in den Integrationsprozess eingebunden werden.

Flüchtlinge, die freiwillig wieder in ihre Heimat zurückkehren wollen, müssen dabei unterstützt werden. Die Beratungsangebote des Freistaates Sachsen und des Landkreises begrüßen wir daher. Dieses muss nun verstärkt bekannt gemacht und umgesetzt werden.

## **5. Leistungsrecht auf unbegleitete Minderjährige beschränken**

Die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Asylbewerber (UMA) stellt eine große Herausforderung für die Kommunen vor allem im Punkt Unterbringung dar. Es handelt sich überwiegend um Personen zwischen 15 und 17 Jahren.

Teilweise erscheinen sie jedoch auch älter. Sie müssen gut betreut werden. Damit Kinder- und Jugendhilfe organisatorisch wie finanziell auch in Zukunft auf gutem Niveau abgesichert bleibt, sprechen wir uns dafür aus, dass die Hilfe auf die begrenzt wird, die wirklich nicht älter als 18 Jahre sind.

## **6. Ehrenamt anerkennen und weiter stärken**

Integration geht nur mit einem hohen bürgerlichen Engagement. Ehrenamtliche Hilfskräfte, Initiativen und Vereine leisten hervorragende Arbeit und engagieren sich vorbildlich für eine gelingende Integration. Ohne diese vielfältige Hilfe hätten wir diese große Herausforderung nicht bewältigen können. Dafür gebührt ihnen Dank und Anerkennung.

Wir wollen ihre Arbeit weiter stärken und unterstützen. Diese darf nicht an wenigen Euros scheitern. Es ist deshalb notwendig, für ehrenamtliche Initiativen eine solide Finanzierung durch Förderprogramme und Spenden zu gewährleisten.

Die Einbindung von Zuwanderern und jetzt aktuell der Flüchtlinge in die Ehrenamts- und Vereinsstruktur muss gefördert werden. So kommen Menschen mitten in unserer Gesellschaft an.

## **7. Kostenübernahme klar definieren**

Die hohen Flüchtlingszahlen in den Jahren 2015/16 stellen Bund, Länder und Kommunen vor große finanzielle Herausforderungen. Wir erkennen an, dass der Bund und daran anknüpfend auch das Land schon viel geleistet haben.

Wir begrüßen, dass Bund und Land ihrer Verantwortung nachkommen und die hierdurch entstandenen größeren Aufwendungen weiterhin tragen und so die kommunale Ebene vollständig entlasten.

## Fazit

Das Grundgesetz ist das wichtigste Dokument unseres demokratischen Selbstverständnisses. Wir erwarten, dass alle Menschen, gleich ob sie hier geboren sind oder neu in unser Land kommen, das Grundgesetz akzeptieren und die darin verankerten Regeln eines friedlichen Zusammenlebens respektieren.

Hassbotschaften und die Verrohung unserer Sprache, vor allem in den sozialen Netzwerken stehen dem entgegen. Uns ist wichtig, Tugenden wie Respekt, Höflichkeit und Rücksichtnahme zu leben.

Das „C“ in unserem Namen gibt für uns den Weg vor, wie wir mit den großen Herausforderungen der Flüchtlingssituation umgehen wollen: Wir reichen Hilfsbedürftigen die Hand, begegnen ihnen mit Nächstenliebe und bieten ihnen die Unterstützung an, die sie brauchen.

Das „C“ verpflichtet uns aber ebenso dazu, den Mut zu haben unsere christlich geprägten Werte- und Gesellschaftsvorstellungen offen zu leben und zu bewahren. Wir führen den Dialog mit den Menschen, die zu uns kommen, denn er hilft, Irrtümer und Vorurteile abzubauen.

Gute Integration ist eine Herausforderung für unsere Gesellschaft, für uns alle. Sie braucht Zeit, Augenmaß, gesellschaftliches Miteinander und eine solide Finanzausstattung. Sie darf niemanden ausgrenzen, weder die Menschen, die schon lange hier leben, noch die Menschen, die zu uns kommen.

Kümmern wir uns um hilfsbedürftige Menschen - mit offenem Herzen, klarem Blick und gesundem Menschenverstand. Zeigen wir die schönen Seiten unseres Landes, in dem jeder seinen Beitrag in der Gesellschaft leisten muss. Einer Gesellschaft, der es gut geht.

Die CDU-Vogtland stellt sich aufgeschlossen ihrer mitmenschlichen Verantwortung und setzt sich für eine gelingende Integrationspolitik im Vogtland ein. Dazu möchten wir gerne mit den vielen ehrenamtlichen Helfern in den Kirchen, Vereinen, Verbänden, öffentlichen Einrichtungen und der vogtländischen Wirtschaft zusammenarbeiten.